

Digitale Kinderwelten müssen Vielfalt abbilden. Dafür müssen die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden!

Zehn Botschaften an die Politik vom

Lechler Forum Frühkindliche Bildung und Inklusion

Die Zukunft der Gesellschaft beginnt im Kontext der institutionellen Bildungs- und Betreuungsangebote mit der Qualität in den Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege. Das 8. Lechler Forum Frühkindliche Bildung und Inklusion hat erneut gezeigt, dass Kinder mit besonderen Bedarfen und somit die Vielfaltsgemeinschaft große Gewinne für jede Kita sind, wenn die Rahmenbedingungen, Haltung, Individualität und Assistenz entsprechend gegeben sind.

In zehn Workshops haben die 350 Teilnehmer*innen am 3. Juli 2023 im Hospitalhof in Stuttgart folgende Botschaften an die Politik formuliert:

- 1 Medien, die Vielfalt thematisieren und Inklusion** abbilden sowie Medien, durch die Kinder durch Eigenproduktionen zur Repräsentation ihrer Lebenswelt beitragen, sind für den KiTa-Alltag essenziell. Sie bieten die Chance, wirklich jedes Kind mit seinen Bedürfnissen erreichen zu können und die Diversität unserer Gesellschaft allen Kindern vertraut zu machen. Dazu muss die Politik finanzielle Mittel für die entsprechenden Geräte und Infrastruktur bereit stellen.
- 2 Die Diversität in Kindermedien muss besser sichtbar werden.** Ein Ansatz wäre, Fördermittel nur für diversitätssensible Kindermedien bereitzustellen und die (bisherigen) digitalen Aktivitäten in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege durch **Öffentlichkeitsarbeit** bekannt zu machen, z. B. best-practice-Beispiele.
- 3 Den Digitalpakt muss es auch für alle Kindertageseinrichtungen geben.** Durch angemessene personelle und technische Ausstattung sowie Beratung werden Kitas besser unterstützt.
- 4 Das digitale Kinderzimmer in der Kita und Zuhause muss mit **Schutz und Sicherheit** hinterlegt sein.** Deshalb braucht es **staatliche Prüfkontrollen**, die den Datenschutz (keine Sammlung von Daten im Hintergrund) und die Nachhaltigkeit (Lebensdauer durch Gewährleistungspflicht der Apps festlegen) prüft, bevor digitale Angebote auf den Markt kommen.

5 Durch **die assistiven Technologien** können Kinder mit Behinderungen den allgemeinen Kindergarten besuchen. Die entsprechenden Lehr- und Lernmittel müssen digital zugänglich und so bearbeitbar sein, dass sie von Kindern mit Behinderungen, auch mit Sehbehinderungen, bedient werden können.

6 Unterstützte Kommunikation erfordert individuelle Anpassungen der Hilfsmittel, viel Zeit und kreative Kompetenzen. Dazu braucht es **mehr Fachpersonal an Beratungsstellen**, die in Einrichtungen beraten und unterstützen.

7 Einrichtungen brauchen medienpädagogische Konzepte. Sie brauchen stabile IT-Infrastrukturen, technischen Support und qualifiziertes Personal. Dazu bedarf es dauerhaft Fortbildungsangebote für pädagogische Fachkräfte.

8 Medienpädagogik und Digitalisierung müssen nachhaltig in der Kita etabliert sowie die **Standards der Sprachkitas flächendeckend und nachhaltig in allen Kitas** in Baden-Württemberg installiert werden. Die Politik muss die finanzielle Ausstattung dauerhaft absichern und für eine zeitgemäße Anpassung sorgen.

9 Unter einer inklusiven Perspektive sollen **Künstler*innen mit einer inklusiven Praxis** wie z.B. inklusiver Tanz im Kindergarten oder aktive Medienarbeit in der Natur stärker **in den Kita-Alltag und in Fortbildungswelten einbezogen werden.**

10 Die Expertise der häuslich pflegenden Eltern findet keinen Niederschlag in der Politik, weil sie nicht systematisch in Gremien eingebunden werden. Die Forderung lautet: Diese Expert*innen müssen **feste Sitze in den Gremien** zur Pflege haben. Darüber hinaus sollen externe Dienstleistungen als Qualitätsmerkmal in die Institutionen eingebunden werden: zum Beispiel in Form von **systematischer Unterstützung der Kitas durch Pflegekräfte, um Inklusion verwirklichen zu können.**

Die Vorbereitungsgruppe und Teilnehmer*innen des Lechler Forums “Digitale Kinderwelten – Chancen und Barrieren für inklusive Entwicklungsprozesse” fordern das Kultusministerium und die Landesregierung von Baden-Württemberg auf, aktiv diese Botschaften aufzugreifen und entsprechende Maßnahmen einzuleiten.

